

**DIW** Berlin



**DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**



**GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT Göttingen**  
**INSTITUT FÜR AGRARÖKONOMIE**

**INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK**



## **Reformbedarf bei den EU-Politiken im Zuge der Osterweiterung der EU**

**Studie für das Bundesministerium der Finanzen  
(Forschungsauftrag Nr. 43/00)**

Christian Weise\*, Martin Banse, Wolfgang Bode,  
Barbara Lippert, Ferdinand Nölle, Stefan Tangermann

### **Kurzfassung**

Berlin und Göttingen, Mai 2001

\* Ansprechpartner: DIW Berlin, 14191 Berlin, Tel.: 030/89789679, e-mail: [cweise@diw.de](mailto:cweise@diw.de)

## Einführung

Gut zehn Jahre nach dem gesellschaftlichen und politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa konkretisiert sich mehr und mehr die Perspektive einer Osterweiterung der Europäischen Union (EU). Die Teilnahme neuer Mitglieder an der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004 ist bereits in Aussicht gestellt. Die EU-interne Debatte um die Folgen der Erweiterung ist jedoch keinesfalls abgeschlossen.

Eines der zentralen Themen dieser Diskussion ist die Frage nach den Konsequenzen der Erweiterung für die ausgabewirksamen Politiken der Gemeinschaft und damit für den EU-Haushalt. Es ist abzusehen, dass diese Problematik immer stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken wird, auch wenn eine Konzentration der Auseinandersetzung auf die Nettozahlerposition aus mehreren Gründen zu kurz greift. Erstens müssen in der Debatte um die Erweiterung auch die historischen und politischen Aspekte des Themas berücksichtigt werden. Zweitens ist auch bei einer Konzentration auf ökonomische Überlegungen nicht lediglich das EU-Budget relevant. Nach allen breiter angelegten wirtschaftswissenschaftlichen Studien sind die realwirtschaftlichen Effekte der Erweiterung positiv; allerdings sind die Impulse im Osten merklich größer als im Westen. Drittens sind die Schwierigkeiten bei der Erfassung und Bewertung der Nettozahlerposition eines EU-Mitgliedstaates zu bedenken.

Bereits mit den Beschlüssen des Europäischen Rates von Kopenhagen im Jahr 1993 hatten die Regierungen der EU-Mitglieder deutlich gemacht, dass die Erweiterung nicht nur vielfältige Aufgaben für die Beitrittskandidaten mit sich bringt, sondern dass auch die Integrationskraft der EU selbst gefordert ist. Die EU hofft zwar, mit der Agenda 2000 (März 1999) und der Einigung über den Vertrag von Nizza (Dezember 2000) ihren Teil der Vorbereitung auf die Erweiterung erfüllt zu haben. Die nach wie vor bestehende Unklarheit über die konkreten Folgen, die die Erweiterung dauerhaft auf die Politiken und das Budget der EU haben kann, verlangt jedoch eine detaillierte Überprüfung dieser Hoffnung.

Die vorliegende Studie verfolgte drei Ziele. Erstens wurde untersucht, welche Reformen der EU-Politiken bei einer Erweiterung um bis zu zwölf neue Mitglieder notwendig werden. Zweitens wurde in Szenarienrechnungen ermittelt, welche Konsequenzen diese Reformen auf die Zahlungsströme zwischen EU-Haushalt und Mitgliedstaaten in den Jahren 2007 und 2013 haben werden. Drittens wurde das institutio-

nelle Regelwerk der EU darauf überprüft, wie die Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Koalitionen von Mitgliedstaaten und damit die Realisierungschancen bestimmter Reformideen einzuschätzen sind.

In der Diskussion der Folgen der Erweiterung auf den EU-Haushalt bilden sich drei Lager heraus, deren Interessen im Widerspruch zu einander stehen. Die Beitrittskandidaten erwarten nach ihrem Beitritt eine gleichberechtigte Teilhabe an den Ausgabeprogrammen der EU und eine angemessene Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Die Transfers an die neuen Mitglieder können zum einen durch eine Kürzung der Zahlungen an die heutigen Mitglieder finanziert werden – dem widersetzen sich insbesondere die heutigen Netto-Empfänger. Zum anderen können die neuen Ansprüche an den EU-Haushalt durch höhere Beiträge aller Mitglieder befriedigt werden - dies stößt auf den entschiedenen Widerspruch der heutigen Netto-Zahler.

Es ist offensichtlich unmöglich, all diesen Interessen gleichzeitig voll zu entsprechen. Daher können die Szenarienrechnungen und Reformvorschläge dieser Studie notwendigerweise nicht für alle Mitgliedstaaten zu voll befriedigenden Lösungen führen. Von vornherein kann also hier nur darauf gezielt werden, Größenordnung und Richtung der Wirkungen von Erweiterung und Reformen transparent zu machen. Die Reformmodelle sind dann nicht nur nach der künftigen Verteilung der Netto-Lasten, sondern auch auf breiterer Basis integrationspolitisch und ökonomisch zu beurteilen.

## **Probleme in Struktur- und Agrarpolitik der EU**

Für beide hier detailliert analysierten Politikbereiche, die Strukturpolitik und die Agrarpolitik der EU, gilt, dass die Erweiterung nicht gänzlich neue Probleme schafft, wohl aber den ohnehin bestehenden Reformdruck massiv verschärft.

In der EU-Strukturpolitik liegt heute ein wesentliches Problem darin, dass die Mittel viel zu wenig auf die bedürftigsten Empfänger konzentriert werden. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte die europäische Ebene nur dort tätig werden, wo die Mitgliedstaaten bestimmte Ziele nicht besser selbst erreichen können. Die Transfers sollten also ausschließlich an Mitgliedstaaten mit deutlich unterdurchschnittlichem BIP pro Kopf gehen; diese erhalten heute jedoch nur etwa die Hälfte der Mittel. Weitere zentrale Probleme sind in der geringen Transparenz der Mittelvergabe und in den hohen administrativen Kosten der Politik zu sehen. Zudem ist der Einfluss der europäischen Ebene auf die Inhalte der Förderung oft deutlich höher, als es ihr finanzieller Beitrag

erwarten ließe. Nach einer Osterweiterung potenzieren sich die Folgen einer zu weitgehenden Politisierung der Subventionsvergabe. Das Fördersystem muss schlanker werden (funktionale Konzentration auf Förderung der bedürftigsten Mitgliedstaaten anstelle einer regionalen Ausrichtung), und die Vergabe der Mittel muss regelgebundener sein. Offene Verhandlungen über Förderintensitäten, Sonderzahlungen und Auswahlkriterien müssen bei 27 Mitgliedstaaten quasi zwangsläufig zu noch weniger konsistenten und transparenten Lösungen führen als bei 15 Mitgliedern. Auch die administrativen Kosten steigen bei weiterhin regional ausgerichteter Förderung massiv, wenn etwa 50 neue Förderregionen mit zumeist noch wenig belastbaren Verwaltungsstrukturen hinzu kommen. Ein zentraler Aspekt der Osterweiterung ist aus Sicht der EU-Strukturpolitik die Zahl der aus der Förderung herausfallenden Regionen beim Übergang von der EU-15 auf die EU-27. Daraus wird politischer Druck zu einer Änderung des Fördersystems erwachsen; inhaltlich werden deshalb nicht unbedingt Reformen erforderlich.

In der Agrarpolitik stellen die Direktzahlungen zur Einkommensstützung das zentrale Problem dar. Sie vermitteln nach wie vor Anreize zur Produktion und werden damit in Zukunft vermutlich erhebliche Schwierigkeiten in der WTO schaffen. Eine Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion wird damit immer dringlicher. Zudem müssen diese Zahlungen als einzige Transferleistungen aus dem EU-Budget bisher nicht national kofinanziert werden. Das ist historisch darin begründet, dass die Direktzahlungen als Ersatz von Preisstützung eingeführt wurden. Da die Ausgaben für Preisstützung von der EU gezahlt wurden, lag es nahe, auch die Direktzahlungen aus dem EU-Budget zu finanzieren. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand von der Einführung der Direktzahlungen verliert diese Begründung aber immer mehr an Bedeutung. So wurde auch während der Verhandlungen über die Agenda 2000 bereits über eine finanzielle Beteiligung der Mitgliedstaaten an den Direktzahlungen gesprochen. Eine direkte Beteiligung der Mitgliedstaaten an den finanziellen Folgen gemeinsam beschlossener Ausgaben ist mit guten Gründen sonst vorgesehen; der Verzicht darauf hat erhebliche negative Konsequenzen für die Effizienz der Agrarförderungspolitik. Bei einer Erweiterung wird man den neuen Mitgliedern diese Zahlungen nicht auf Dauer vorenthalten können. Eine Übertragung in ihrer jetzigen Form würde die WTO-Probleme verschärfen und in den neuen Mitgliedstaaten zu Einkommensverteilungsproblemen führen; eine dauerhafte nationale Kofinanzierung auf dem heutigen Niveau der Unterstützung würde die Budgets der neuen Mitglieder über-

lasten. Die Erweiterung verstärkt folglich den ohnehin bestehenden Druck auf eine Entkopplung der Förderung von der Produktion und vor allem auf einen Abbau dieser Subventionierung.

## **Szenarien für das EU-Budget**

Um die Effekte von Erweiterung und Reformen auf den EU-Haushalt transparent zu machen, wurden in dieser Studie vier Gesamtszenarien für den EU-Haushalt der Jahre 2007 und 2013 abgeleitet. Erstens wurde modelliert, welche Ergebnisse ohne Erweiterung und ohne Reformen zu erwarten sind (Status quo EU-15). Zweitens wurde der Effekt einer Erweiterung um alle zwölf aktuellen Partner in den Beitrittsverhandlungen unter der Prämisse abgeleitet, dass alle heute geltenden Regeln unverändert in der erweiterten EU angewendet werden (Status quo EU-27).

Im dritten Szenario wird dann eine moderate Reform sowohl der Struktur- wie der Agrarpolitik angenommen (Moderate Reform EU-27). In der Strukturpolitik wird darauf reagiert, dass viele heutige Ziel 1-Regionen in der erweiterten Union ihren Förderstatus verlieren, weil das durchschnittliche BIP pro Kopf der EU-27 deutlich unter dem der EU-15 liegen wird (und Ziel 1-Regionen über den relativen Abstand ihres BIP pro Kopf zum EU-Durchschnitt definiert werden). Im Szenario wird die Einkommensschwelle, bis zu der sich eine Region für die prioritäre Förderung qualifiziert, angehoben und der Anteil der sonstigen Förderung an den Strukturfonds wird gesenkt. In der Agrarpolitik bleiben die Direktzahlungen zur Einkommensstützung zwar erhalten. Sie sind in diesem Szenario nun aber von den nationalen Haushalten mitzufinanzieren. Ihr Anteil am EU-Budget sinkt also und die spezifische Verteilung der Lasten aus der Agrarpolitik auf die Mitgliedstaaten ändert sich.

Im vierten Szenario wird eine entschiedene Reform beider Politiken unterstellt (Entschiedene Reform EU-27). Diese besteht in der Strukturpolitik darin, dass jetzt nur noch prioritäre Förderung an solche Mitgliedstaaten geleistet wird, deren nationales BIP pro Kopf deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegt. Der Abbau regionaler Disparitäten innerhalb eines Mitgliedstaates (Ostdeutschland, Süditalien) wird im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip als nationale Aufgabe gesehen. In der Agrarpolitik kommt es bei entschiedener Reform zu einer Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion und zu einem schrittweisen kompletten Abbau dieser Zahlungen (dessen Abschluss erst nach Ende des Szenariozeitraums erreicht ist).

Ein zentrales Ergebnis der Szenarienrechnungen ist es, dass der Anteil der hier erfassten operativen Ausgaben am BIP der EU in allen Szenarien künftig (z.T. deutlich) unter dem Wert liegen wird, den er nach der Agenda 2000 im Jahr 2006 erreicht haben wird, und dass das Volumen der operativen Ausgaben zwischen 2007 und 2013 meist auch absolut schrumpft (vgl. die in dieser Kurzfassung enthaltenen Tabellen 4.3-2, -4, -6, -8 und -9 [Nummerierung folgt der Langfassung]). Die Belastung des EU-Budgets durch Einkommensstützung nimmt in allen Szenarien ab. Die heutigen Empfänger strukturpolitischer Transfers wachsen zu einem erheblichen Teil auch ohne Erweiterung bis 2007 aus der Förderungswürdigkeit heraus. Ein (größerer) Teil qualifiziert sich nicht mehr für strukturpolitische Unterstützung, wenn erweiterungsbedingt das durchschnittliche BIP pro Kopf der EU sinkt. Dieser Effekt wirkt voll im Status quo EU-27 Szenario; er wird in den Reformszenarien bewusst nicht komplett aufgefangen.

Die Erweiterungskosten scheinen insbesondere dann tragbar zu sein, wenn man sie mit der vereinbarten Obergrenze für den EU-Haushalt vergleicht. Nach einer langen Phase, in der der EU-Haushalt schneller stieg als das BIP der EU, ist sein Volumen nun auf 1,27 % des BIP begrenzt. Da das BIP der EU wächst, folgt aus der relativen Konstanz eine ständig steigende absolute Obergrenze für den EU-Haushalt. Dies ist angesichts seiner wesentlichen Ausgaben nicht gerechtfertigt. Ein wichtiger Grund dafür, dass die nationalen Budgets in der Regel einen zumindest konstanten, meist aber steigenden Anteil am BIP haben (solange nicht politische Initiativen zu einer Kürzung von ausgabewirksamen Programmen führen), ist der hohe Anteil von Gehältern und von Sozialleistungen am gesamten Haushalt. Deren Wachstum orientiert sich tendenziell am BIP-Wachstum. Eine vergleichbare Begründung für einen notwendigerweise absolut wachsenden EU-Haushalt gibt es nicht. Deshalb sollten die Szenarioergebnisse eher mit der (geplanten) absoluten Höhe der Ausgaben in 2006 verglichen werden als mit dem variablen Wert von 1,27 % des EU-BIP.

Selbst bei einem Ausbleiben von Reformen würden die operativen Ausgaben in einer EU-27 nach den hier gerechneten Szenarien im Jahr 2013 etwa 10 Mrd. € unter dem Mittelansatz für 2006 liegen (in Preisen von 1999). Daraus folgt allerdings keineswegs, dass ein Verzicht auf weitere Reformen eine sinnvolle Option ist. Dies gilt zum einen wegen der angesprochenen Inkonsistenzen der Struktur- und Agrarpolitik. Der Status quo ist in der Agrarpolitik schon wegen der WTO-Verhandlungen nicht zu halten. Zum anderen sind in Zukunft Ansprüche an das EU-Budget zu erwarten, de-

ren Umfang heute noch nicht im einzelnen geschätzt werden kann, die aber voraussichtlich erheblich sein werden (GASP, Vorbeitrittshilfen Türkei und westlicher Balkan, GUS, Mittelmeerpolitik etc.). Wenn die heute vereinbarte Obergrenze für das EU-Budget von 1,27 % des EU-BIP gehalten werden soll, müssen die hier behandelten operativen Ausgaben also möglichst deutlich unter dieser Schwelle liegen. Zudem entsteht Reformdynamik nicht nur aus dem Gesamtumfang des Budgets sondern wesentlich aus der individuellen Betroffenheit der einzelnen Mitgliedstaaten, die sich in der unterschiedlichen Nettoposition in den einzelnen Szenarien widerspiegelt.

Gemessen an der Nettoposition im Jahr 2007 haben alle fünf großen Mitgliedstaaten der EU-15 (Deutschland, Frankreich, UK, Italien und Spanien) bei einer Erweiterung ein Interesse an Reformen. Für die Konsenssuche und Mehrheitsbildung in der erweiterten Union ist eine frühzeitige Abstimmung in diesem Kreis der großen und mittleren Mitgliedstaaten von zentraler Bedeutung. Im Jahr 2013 sind Übergangsphasen in der Strukturpolitik abgelaufen und auch die Reformen in der Agrarpolitik sind sehr viel deutlicher spürbar. Deshalb ist die Situation dann etwas komplexer. Insgesamt beläuft sich der Nettobeitrag der fünf großen Mitglieder im Status quo dann auf 29,7 Mrd. €, während die Mitglieder der EU-15 zusammen einen Nettobeitrag von 32 Mrd. € an die neuen Mitglieder leisten. Auch in den beiden Reformszenarien würden die fünf großen Länder praktisch den gesamten Nettotransfer an die neuen Mitglieder leisten (wobei zu beachten ist, dass Spanien in zwei der drei EU-27-Szenarien selbst Nettoempfänger ist). 2013 ist für Frankreich der Status quo gemessen am Nettobeitrag am besten, Spanien und Italien präferieren die moderate Reform. Deutschland wie auch das Vereinigte Königreich haben vor allem ein Interesse an einer entschiedenen Reform; das moderate Szenario wäre politisch von Interesse. Beide Länder sind gemessen am Nettobeitrag zwischen Status quo und moderater Reform indifferent. Der Status quo wird sich jedoch als nicht haltbar erweisen. Unter den beiden Reformszenarien müsste auch Frankreich eher die entschiedene als die moderate Reform unterstützen. Italien würde sich zwar bei moderater Reform etwas besser stellen als bei entschiedener Reform, fährt aber im Status quo deutlich am schlechtesten. Worst case ist die entschiedene Reform nur für Spanien. Die anderen zehn heutigen EU-Mitglieder wären von den modellierten Reformen gemessen an den absoluten Beträgen weniger stark betroffen; nach der Nettzahlung pro Kopf würden sie überwiegend von der entschiedenen Reform profitieren.

Die zwölf Beitrittskandidaten erhielten in den Reformszenarien geringere Nettotransfers als im Status quo.

## **Anhaltende Reformnotwendigkeit**

Die Analyse der institutionellen Rahmenbedingungen in dieser Studie hat sehr klar gezeigt, dass die Gestaltung von Reformpolitik mit den Beschlüssen von Nizza und im Zuge der Erweiterung deutlich erschwert wird. Das Blockieren von Initiativen ist demgegenüber in der EU-25/27 wesentlich leichter als heute. Die Beschlüsse zur nächsten mittelfristigen finanziellen Vorausschau müssen spätestens 2005 konkret vorbereitet und 2006 getroffen werden. Auch bei pessimistischen Erwartungen bezüglich des Beitrittszeitpunkts werden sie also zumindest unter der politischen Mitwirkung aller Beitrittskandidaten verhandelt werden. Gestaltungsmehrheiten (für eine qualifizierte Mehrheit) in der EU-27 müssen entweder von Deutschland oder - wegen des Bevölkerungskriteriums von 62 % - von mindestens zwei größeren Staaten mitgetragen werden. Da die Erfahrung gezeigt hat, dass derartige Beschlüsse nur auf Basis eines möglichst großen Konsens getroffen werden, sind die institutionellen Voraussetzungen zur Durchsetzung einer Reform-Agenda schlecht. Hinzu kommt, dass die hier errechneten geringen Gesamtkosten der Erweiterung den Reformdruck gering erscheinen lassen. Um so wichtiger ist es, sich klar zu machen, dass der Status quo keine dauerhaft mögliche Option ist.

Sehr deutlich ist dies im Fall der Agrarpolitik. In diesem Bereich wurde vor der Agenda 2000 mit einer Obergrenze für die Ausgaben gearbeitet, die als „Haushaltsleitlinie“ an das Wachstum des BIP der EU gekoppelt war (Agrarausgaben durften mit dem 0,74-fachen des Wachstums des realen BIP ansteigen). Seit der Agenda 2000 sind die maximalen Ausgaben für die Agrarpolitik allerdings als absoluter Betrag festgesetzt worden. Wie diese Höchstgrenze für den Zeitraum nach 2006 festgelegt werden soll, ist noch nicht entschieden. Allerdings liegt es nahe, auch nach 2006 einen absoluten Höchstbetrag vorzusehen. Wegen der Erweiterung könnte dieser Höchstbetrag über dem für 2006 festgesetzten Betrag liegen. Denkbar wäre eine Obergrenze, die aus dem für die Agrarausgaben in der EU-15 für 2006 geltenden Höchstbetrag abgeleitet wird und proportional zum Anstieg des BIP durch die Erweiterung über diesem Ausgabenvolumen liegt. Bei einer für die EU-15 im Jahr 2006 geltenden Obergrenze für die agrarpolitischen Ausgaben in Höhe von 41,66 Mrd. € und einem BIP-Anstieg durch die Erweiterung (um die hier in der Agrarpolitik alleine berücksich-

tigten zehn mittel- und osteuropäischen Länder) um 5,6 Prozent im Jahr 2007 (siehe Tabelle 4.3-3) würde sich unter dieser Annahme eine Obergrenze für die agrarpolitischen Ausgaben nach Erweiterung in Höhe von 44 Mrd. € ergeben.

Dieser hypothetische Höchstbetrag für die agrarpolitischen Ausgaben der erweiterten Union kann als Vergleichsmaßstab für die zukünftigen Ausgaben herangezogen werden, die in dieser Untersuchung für die verschiedenen agrarpolitischen Szenarien ermittelt wurden. Bei dieser Betrachtungsweise zeigt sich, dass im Status quo für die EU-27 die zu erwartenden agrarpolitischen Ausgaben in Höhe von 57,55 Mrd. € für 2007 und 52,05 Mrd. € für 2013 deutlich über einem solchen hypothetischen Höchstbetrag liegen würden. Die agrarpolitischen Ausgaben der EU-27 bei moderater Reform (also Kofinanzierung der Direktzahlungen) in Höhe von 40,92 Mrd. € in 2007 und 36,93 Mrd. € in 2013 würden dagegen deutlich unter dieser hypothetischen Obergrenze bleiben. Allerdings ist fraglich, ob die neuen Mitgliedsländer in der Lage wären, die Haushaltsmittel für ihren nationalen Beitrag bei diesem Kofinanzierungsmodell aufzubringen. Dieses Problem tritt nicht auf, wenn eine entschiedene Reform (also der schrittweise Ausstieg aus den Direktzahlungen) verwirklicht würde. Die dann zu erwartenden Ausgaben für die Agrarpolitik würden zwar im Jahr 2007 mit 48,57 Mrd. € noch nicht unter der hier abgeleiteten hypothetischen Obergrenze liegen, würden aber wegen der fortschreitenden Verminderung der Direktzahlungen im Lauf der Zeit absinken und mit 31,35 Mrd. € in 2013 ein auch aus Sicht dieser hypothetischen Obergrenze tragbares Niveau erreichen. Gegenwärtig herrscht in der EU-15 eine diffuse Reformbereitschaft, die sich an der Fortsetzung der MacSharry-Reformen und den Anforderungen der WTO-Verhandlungen orientiert. Unter den Optionen zur Reduzierung der Agrarausgaben bevorzugen mehr Mitgliedstaaten ein Auslaufen der Direktbeihilfen gegenüber einem als Systemwechsel aufgefassten Übergang zur nationalen Kofinanzierung. Auch die Beitrittsländer lehnen eine damit verbundene zusätzliche Belastung der nationalen Haushalte ab. Insofern wären auch sie für eine entschiedene Reform zu gewinnen.

In der Strukturpolitik kommt es im Status quo EU-27 zu deutlichen Einschnitten in den Transfers an die heute besonders stark geförderten Regionen in der EU-15, ohne dass die bestehenden Ungleichgewichte und Inkonsistenzen in der Förderpolitik abgebaut werden. Hieraus erwächst (unterschiedlich motivierter) Veränderungsdruck, der sich einerseits auf eine Sicherung der Transfers für die heutigen Empfänger richtet, andererseits auf eine Erhöhung der Systemkonsistenz (und damit auf ei-

ne stärkere Konzentration insgesamt verringerter Mittel auf die bedürftigsten Empfänger). Zwar haben in der EU-25 und EU-27 die Nettozahler und (potentiellen) Nicht-Kohäsionsländer ein Übergewicht gegenüber dem „neuen Süden“, doch wird der Anspruch auf Finanztransfers von den alten Kohäsionsländern (Spanien, Portugal und Griechenland) nicht aufgegeben und ggf. nicht einmal eingeschränkt. Das Streben nach kurzfristigen finanziellen Vorteilen wird sich jedoch mittel- und langfristig als eine auch für die heutigen Empfänger teure Lösung erweisen. Da viele der heutigen Empfänger sich in einer erweiterten EU nicht mehr für Förderung im Rahmen des Ziel 1 qualifizieren, mag es zwar nahe liegen, hier die Förderschwelle so anzupassen, dass noch möglichst viele der betroffenen Regionen weiter gefördert werden. Das Szenario Moderate Reform unterstellt einen Schritt in diese Richtung. Hierbei ist aber – unabhängig von der inhaltlichen Kritik an einer Aufweichung der Förderkriterien - zu beachten, dass die erweiterten Förderbedingungen auch für die neuen Mitglieder gelten würden. Auch sie bzw. ihre Regionen würden dann im Extremfall gefördert werden, bis sie ein BIP pro Kopf von 86 % des EU-27-Durchschnitts aufweisen (dies entspräche einem Wert von 75 % des EU-15-Durchschnitts; 75 % des EU-Durchschnitts ist die heute geltende Förderschwelle). Nach den Erfahrungen der europäischen Marktwirtschaften in der Nachkriegszeit ist davon auszugehen, dass die Regionen der Beitrittskandidaten für den Abbau des Einkommensunterschiedes um diese 11 Prozentpunkte bis zu 30 Jahre benötigen würden. In dieser Zeit müssten aller Voraussicht nach auch die heutigen Netto-Empfänger von Strukturfondsmitteln in der EU-15 erheblich zur Finanzierung der Transfers an die neuen Mitglieder beitragen. Eine entschiedene Reform der Strukturpolitik liegt also auch im wohlverstandenen Eigeninteresse heutiger Empfänger.

Für die Beitrittskandidaten liegt der wesentliche Vorteil der hier modellierten entschiedenen Reform in der Strukturpolitik darin, dass sie sich mit ihrem gesamten Staatsgebiet für prioritäre Förderung qualifizieren würden. Wenn sich die Förderung dagegen weiterhin am regionalen BIP orientiert, können zumindest die fortgeschritteneren unter den neuen Mitgliedern nicht mit einer Förderung ihrer Hauptstadtregion rechnen. Dies hätte negative Wirkungen sowohl für die Gestaltung des nationalen Aufholprozesses wie auch für den zu erwartenden Umfang der Transferzahlungen.

Die Höhe der strukturpolitischen Kosten wird wesentlich davon bestimmt, dass vereinbarte Regeln tatsächlich eingehalten werden. An zwei entscheidenden Stellen wird jedoch eine Aufweichung dieser Regeln zur Diskussion gestellt. Zum einen wird

eine Anhebung (oder gar eine Abschaffung) der Obergrenze für strukturpolitische Transfers an einen Mitgliedstaat gefordert. Eine komplette Aufhebung dieser Schranke (von heute 4 % des BIP eines Empfängers) würde nach den Ergebnissen dieser Studie etwa zu einer Verdopplung der Transfers an die neuen Mitglieder führen. Auch wenn es bislang keine objektive Methode zur Festlegung einer Obergrenze gibt, ist es jedoch nach den vorliegenden Erfahrungen mit den Strukturfonds unerlässlich, eine solche Grenze zu vereinbaren. Es scheint ratsam, hier eher mit einer engen Grenze zu beginnen (wie sie heute bereits Teil der Verordnungen ist) und allenfalls im Lichte der dabei gesammelten Erfahrungen über eine darüber hinaus gehende Förderung nachzudenken. Dies erlaubt bereits eine recht umfangreiche Förderung der neuen Mitglieder.<sup>1</sup>

Zum anderen fordert die spanische Regierung einen Ausgleich für den Verlust an Ziel 1-Förderung nach einer Erweiterung, da der Verlust an Förderung lediglich auf einem "statistischen Effekt" beruhe. Diese Forderung ist jedoch inhaltlich unbegründet. Erstens haben die Ergebnisse dieser Studie gezeigt, dass Spanien von diesem Effekt deutlich weniger stark betroffen sein wird als etwa Deutschland, Italien und Portugal. Zweitens ist das sinkende durchschnittliche BIP in der EU nicht – wie suggeriert – unerheblich zur Beurteilung der Förderbedürftigkeit einer EU-Region sondern ausschlaggebend. Ausgleichszahlungen innerhalb eines klar begrenzten Kreises von Empfängern und Zahlen müssen sich an relativen, nicht an absoluten Werten orientieren. Dies wird vor allem dann klar, wenn die vorgeschlagene (absolute) Grenze für Förderwürdigkeit sehr nahe am Durchschnittswert liegt. Davon unbenommen (und in dieser Studie modelliert) ist es, dass die Förderung ehemaliger Ziel 1-Regionen nicht abrupt beendet werden, sondern allmählich auslaufen sollte.

## **Fazit**

Die Erweiterung der EU um die zwölf Kandidaten, mit denen gegenwärtig Beitrittsverhandlungen geführt werden, ist im Rahmen der heute geltenden Obergrenze für

---

<sup>1</sup> Das für die Strukturpolitik zuständige Kommissionsmitglied Barnier rechnet zwar damit, dass Bulgarien dann nur 500 Millionen € p.a. erhalte, und hält dies offensichtlich für einen zu geringen Betrag (FAZ v. 22. Mai 2001). Schon der Ausgangspunkt ist allerdings fragwürdig. Nach den BIP-Angaben von Eurostat und den Wachstumsannahmen der Kommission in der Agenda 2000 erhalte Bulgarien 2007 etwa 640 Millionen € und 2013 etwa 808 Millionen, wenn die Transfers 4 % des BIP ausmachen werden. Nach den in dieser Studie verwendeten Wachstumsannahmen wären es sogar 764 bis 1092 Millionen € (jeweils in Preisen von 1999).

den EU-Haushalt (1,27 % des EU-BIP) möglich. Die Erweiterung erhöht den Druck auf Reformen der EU-Politiken, die auch unabhängig von ihr dringend zu empfehlen sind. Zentrale Elemente dieser Reformen sind in der Agrarpolitik die Reduktion der Einkommensunterstützungszahlungen und in der Strukturpolitik die Konzentration der Förderung auf bedürftige Mitgliedstaaten. Bei entschiedenen Reformen in diese Richtung würden die sogenannten operativen Ausgaben der EU (Agrar-, Struktur- und interne Politiken), die 2006 nach gegenwärtiger Planung (hier ergänzt um Vorbeitrittshilfen und operative Ausgaben für neue Mitglieder) noch 1,02 % des BSP der EU-21 (oder 96,5 Mrd. € in Preisen von 1999) ausmachen sollen, im Jahr 2013 nur noch 0,57 % des BIP der EU-27 (oder 63,7 Mrd. €) beanspruchen. Dies ist der Orientierungspunkt bei den künftig anstehenden Verhandlungen über die finanzielle Vorausschau für den EU-Haushalt der Jahre 2007 bis 2013.

Die in dieser Studie vorgeschlagenen Reformen führen zu einer Verteilung der Netto-Lasten, die stärker als heute am relativen Einkommen der EU-Mitglieder orientiert ist. Verbleibende Ungleichgewichte sind in aller Regel auf agrarpolitische Einflüsse zurück zu führen. Die Belastung der Netto-Zahler hält sich im Rahmen, die bedürftigen Mitglieder der heutigen EU erhalten weiterhin Unterstützung und die neuen Mitglieder werden gleichberechtigt an den ausgabewirksamen Programmen beteiligt. Wenn sich die EU-Mitglieder stattdessen unsolidarisch verhalten und ihre nationalen Interessen vor allem über das Festhalten an inhaltlich unbegründeten Subventionen definieren und durchsetzen, können die operativen Ausgaben um 45 bis 65 Mrd. € im Jahr 2013 höher liegen als bei entschiedenen Reformen und dann bis zu 1,16 % des BIP der EU-27 erreichen.<sup>2</sup> Je nach der politischen Gestaltung der EU-Politiken im Erweiterungsprozess variiert das Volumen der operativen Ausgaben um diesen Betrag.

Ein Ausbleiben von weiteren Reformen wäre nicht nur aus fiskalischer Sicht bedenklich, sondern auch weil starke Ungleichgewichte in der Netto-Zahlerposition der einzelnen Mitgliedstaaten und inhaltliche Inkonsistenzen erhalten blieben. Je mehr Mitglieder die Union aber hat, desto wichtiger wird es, die EU-Politiken transparent und effizient zu gestalten. Anderenfalls potenziert sich der Spielraum für sachlich nicht

---

<sup>2</sup> Agrarausgaben (52 Mrd. €) und interne Politiken (6,4) nach Szenario Status quo EU-27, Konstanz der Strukturfondstransfers an EU-15-Mitglieder (29,2) auf dem Niveau von 2006, strukturpolitische Zahlungen an neue Mitglieder mit bzw. ohne Berücksichtigung ihrer Absorptionsfähigkeit (22 bzw. 41,3).

fundierte Kompensationsgeschäfte, und Subventionsmentalität dominiert. Dies würde die Akzeptanz der europäischen Integration nachhaltig gefährden.

Die neuen Mitglieder werden nach den Szenarienrechnungen dieser Studie voraussichtlich nicht zum Motor weiterer Reformen werden. Hinzu kommt, dass es nach den institutionellen Regeln des Vertrages von Nizza gerade in einer erweiterten Union schwierig ist, Gestaltungsmehrheiten zu finden. Es wäre also kontraproduktiv, die Beschlussfassung über weitere Reformen auf die Zeit nach der ersten Erweiterung zu verschieben. Vielmehr muss im Kreis der EU-15 frühzeitig Einigung über die wesentlichen Elemente der Reformen erzielt werden und soweit möglich sollten erste Schritte getan werden. Die politische Einbindung der Kandidaten in die Konsenssuche ist aber auch vor einer Erweiterung unumgänglich. Insofern liefert der noch bestehende Reformbedarf keine Begründung für eine Verzögerung des Beitrittsprozesses.

## Inhaltsverzeichnis der Langfassung

<b>1</b>	<b>Einführung.....</b>	<b>11</b>
1.1	Fragestellung und Struktur der Studie .....	11
1.2	EU-Haushalt und Nettozahlerpositionen .....	12
<b>2</b>	<b>Rahmenbedingungen für die EU-Politiken .....</b>	<b>22</b>
2.1	Strukturpolitik .....	22
2.1.1	Entwicklungen in der EU-15 .....	23
2.1.2	Anforderungen an die Strukturpolitik für die Beitrittskandidaten .....	27
2.1.3	Fazit .....	31
2.2	Agrarpolitik .....	32
2.2.1	WTO-Regeln für den Agrarbereich .....	32
2.2.2	Ost-Erweiterung im Agrarsektor .....	37
2.2.3	Fazit .....	43
<b>3</b>	<b>Reformbedarf und Reformoptionen .....</b>	<b>45</b>
3.1	Strukturpolitik .....	45
3.1.1	Reformbedarf .....	45
3.1.2	Reformoptionen .....	48
3.1.3	Fazit .....	53
3.2	Agrarpolitik .....	54
3.2.1	MacSharry-Reform und Entkoppelung der Stützung .....	55
3.2.2	Ungewisse Zukunft der Direktzahlungen .....	57
3.2.3	Direktzahlungen und Ost-Erweiterung .....	60
3.2.4	Reformbedarf in der EU-Agrarmarktpolitik .....	62
3.2.5	Kofinanzierung der Direktzahlungen .....	64
3.2.6	Reformoptionen für die Szenario-Analyse .....	65
3.2.7	Fazit .....	71

<b>4</b>	<b>Auswirkungen der Reformen auf den EU-Haushalt und die Nettozahlerpositionen .....</b>	<b>73</b>
4.1	Annahmen .....	74
4.1.1	Strukturpolitik.....	75
4.1.1.1	Wachstum von Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt .....	75
4.1.1.2	Annahmen zur künftigen Strukturpolitik.....	77
4.1.2	Agrarpolitik .....	81
4.1.2.1	Das quantitative Modell für die agrarpolitische Szenarien-Analyse ....	81
4.1.2.2	Annahmen zur Ausgestaltung der agrarpolitischen Instrumente .....	84
4.1.2.3	Berechnung der Ausgaben für die Agrarmarktpolitik und die Direktzahlungen .....	87
4.1.2.4	Abschätzung der Ausgaben für die "zweite Säule" der EU-Agrarpolitik .....	91
4.2	Disaggregierte Analyse.....	94
4.2.1	Strukturpolitik.....	94
4.2.1.1	Szenario "Status quo EU-15" .....	94
4.2.1.2	Szenario "Status quo EU-27" .....	96
4.2.1.3	Szenario "Moderate Reform EU-27" .....	100
4.2.1.4	Szenario "Entschiedene Reform EU-27" .....	101
4.2.1.5	Fazit .....	104
4.2.2	Agrarpolitik .....	108
4.3	Szenarien für den EU-Haushalt in den Jahren 2007 und 2013.....	119
4.3.1	Aufbau der Gesamtszenarien.....	119
4.3.2	Ergebnisse .....	120
4.3.3	Fazit .....	127
<b>5</b>	<b>Polit-ökonomische Analyse .....</b>	<b>128</b>
5.1	Grundsatzpositionen der EU-Mitgliedstaaten zur Erweiterung.....	128
5.1.1	Regierungen und Opposition.....	129
5.1.2	Öffentliche Meinung und Erweiterung .....	132
5.1.3	Innenpolitische Faktoren .....	133
5.2	Ausgangssituation nach den Vertragsreformen von Nizza .....	135
5.2.1	Institutionelles Gewicht der einzelnen Mitgliedstaaten im Rat.....	135
5.2.2	Relevante Entscheidungs- und Beschlussfassungsverfahren.....	138
5.3	Stimmkoalitionen im Hinblick auf die Politikreformen in der sich erweiternden Europäischen Union - vier Szenarien .....	140
5.3.1	Numerische Stimmkoalitionen im Rat der EU-15 (Status-quo Szenario Amsterdam) .....	141
5.3.2	Numerische Stimmkoalitionen im Rat der EU-15 ab 2005 (Status-quo-Szenario Nizza).....	145

5.3.3	Numerische Stimmkoalitionen im Rat der EU-25 .....	150
5.3.4	Numerische Stimmkoalitionen im Rat der EU-27 .....	155
5.4	Interessenlage und Reformoptionen der 15 Mitgliedstaaten im Zuge der Erweiterung.....	159
5.4.1	Finanzen .....	160
5.4.1.1	Fortsetzung "Berlin".....	161
5.4.1.2	Wiedervorlage von Reformvorschlägen .....	161
5.4.1.3	Finanzen und Erweiterung .....	162
5.4.2	Gemeinsame Agrarpolitik .....	162
5.4.2.1	Fortsetzung "Berlin".....	163
5.4.2.2	Wiedervorlage von Reformvorschlägen .....	164
5.4.2.3	Gemeinsame Agrarpolitik und Erweiterung .....	165
5.4.3	Regional- und Strukturpolitik .....	166
5.4.3.1	Fortsetzung "Berlin".....	166
5.4.3.2	Wiedervorlage von Reformvorschlägen .....	167
5.4.3.3	Regional- und Strukturpolitik und Erweiterung .....	167
5.5	Fazit .....	168
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....</b>	<b>176</b>
	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>187</b>

## Verzeichnis der Tabellen

***Alle Tabellen befinden sich im getrennten Tabellenband***

Tabelle 1-1	EG-Ausgaben in % des EG-BIP 1971-99
Tabelle 1-2	Struktur der EU-Ausgaben und -Einnahmen
Tabelle 1-3	Ausgaben nach Haushaltslinien und Mitgliedstaaten 1995-99
Tabelle 1-4	Eigenmittel nach Mitgliedstaaten 1995-99
Tabelle 1-5	Nettoposition der Mitgliedstaaten: vier Konzeptionen
Tabelle 1-6	Nettoposition der Mitgliedstaaten in der Gemeinsamen Agrarpolitik: zwei Konzeptionen
Tabelle 1-7	Nettoposition der Mitgliedstaaten in der Strukturpolitik: zwei Konzeptionen
Tabelle 1-8	Strukturdaten und Haushaltsanteile der Mitgliedstaaten
Tabelle 1-9	Pro-Kopf-BIP und -Nettoposition der Mitgliedstaaten
Tabelle 2-1	Pro-Kopf-BIP der Beitrittskandidaten 1998, EU-15 = 100
Tabelle 3-1	BIP pro Kopf in den Mitgliedstaaten der EU in KKS für EU-15, EU-25, EU-27, 2002
Tabelle 3-2	BIP pro Kopf in den Regionen der EU in KKS für EU-15, EU-25, EU-27, 2002
Tabelle 3-3	Förderwürdige Bevölkerung pro Mitgliedstaat nach verschiedenen Kriterien, in 1000
Tabelle 4.1-1	Pro-Kopf-Förderung in Ziel 1-Gebieten nach 2007
Tabelle 4.2.1-1	Durchschnittliche jährliche Übergangsunterstützung für ehemalige Ziel 1-Fördergebiete im Zeitraum 2007-2013
Tabelle 4.2.1-2	Strukturpolitik-Szenario "Status quo EU-15", 2007 und 2013
Tabelle 4.2.1-3	Verteilung von Struktur- und Kohäsionsfonds auf die Beitrittskandidaten ohne "Phasing In", 5 Varianten
Tabelle 4.2.1-4	Strukturpolitik-Szenario "Status quo EU-27", 2007 und 2013
Tabelle 4.2.1-5	Strukturpolitik-Szenario "Moderate Reform EU-27", 2007 und 2013
Tabelle 4.2.1-6	Strukturpolitik-Szenario "Entschiedene Reform EU-27" 85 %, 2007 und 2013
Tabelle 4.2.1-7	Strukturpolitik-Szenario "Entschiedene Reform EU-27" 90 %, 2007 und 2013

Tabelle 4.2.1-8	Strukturpolitik-Szenario "Entschiedene Reform EU-27" 95 %, 2007 und 2013
Tabelle 4.2.1-9	Nettoförderung in der Strukturpolitik, alle Szenarien, 2007, Mill. Euro
Tabelle 4.2.1-10	Nettoförderung in der Strukturpolitik, alle Szenarien, 2013, Mill. Euro
Tabelle 4.2.1-11	Bevölkerung in Ziel 1-Gebieten, insgesamt
Tabelle 4.2.1-12	Bevölkerung in Ziel 1-Gebieten in EU-15-Mitgliedstaaten
Tabelle 4.2.1-13	Strukturpolitik: Künftige Transfers an heutige EU-Mitglieder im Vergleich zu 2006
Tabelle 4.2.2-1	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario "Status quo EU-15": Jahr 2007, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-2	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario "Status quo EU-15" Jahr 2013, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-3	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A1 "Keine Direktzahlungen in den MOEL": Jahr 2007, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-4	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A1 "Keine Direktzahlungen in den MOEL": Jahr 2013, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-5	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A2 "Direktzahlungen in den MOEL": Jahr 2007, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-6	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A2 "Direktzahlungen in den MOEL": Jahr 2013, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-7	Relation Beitrag zu Ausgaben für Direktzahlungen für die einzelnen EU-Mitgliedsländer, Angaben für 2007
Tabelle 4.2.2-8	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A3 "Kofinanzierung Direktzahlungen": Jahr 2007, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-9	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A3 "Kofinanzierung Direktzahlungen": Jahr 2013, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-10	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A4 "Entkoppelung": Jahr 2007, Mill. Euro
Tabelle 4.2.2-11	Ausgaben des EAGFL-Garantie, Szenario A4 "Entkoppelung": Jahr 2013, Mill. Euro
Tabelle 4.3-1	Gesamtszenario "Status quo EU-15", 2007
Tabelle 4.3-2	Gesamtszenario "Status quo EU-15", 2013
Tabelle 4.3-3	Gesamtszenario "Status quo EU-27", 2007
Tabelle 4.3-4	Gesamtszenario "Status quo EU-27", 2013
Tabelle 4.3-5	Gesamtszenario "Moderate Reform EU-27", 2007
Tabelle 4.3-6	Gesamtszenario "Moderate Reform EU-27", 2013

Tabelle 4.3-7	Gesamtszenario "Entschiedene Reform EU-27", 2007
Tabelle 4.3-8	Gesamtszenario "Entschiedene Reform EU-27", 2013
Tabelle 4.3-9	Nettoauszahlungen pro Kopf in Euro: alle Szenarien, 2007 und 2013

### **Anhang AI**

Tabelle AI-1	Bevölkerung in 1000, in EU-27, 1998-2013
Tabelle AI-2	BIP zu nominalen Kursen in Milliarden Euro, nach Agenda 2000, in EU-27, 1998-2013
Tabelle AI-3	BIP zu nominalen Kursen, in Milliarden Euro, nach DIW, in EU-27, 1998-2013
Tabelle AI-4	BIP pro Kopf in KKS, EU-15=100, nach DIW, in EU-27, 1998-2013

### **Anhang AII**

Tabelle AII-1	Koeffizienten und Aufschlagsbeträge zur Ableitung der Gesamtausgaben im Bereich EAGFL-Garantie für die Mitgliedsländer der EU-15
Tabelle AII-2	Koeffizienten und Aufschlagsbeträge zur Ableitung der Gesamtausgaben im Bereich EAGFL-Garantie für die Beitrittsländer
Tabelle AII-3	Modellergebnisse: Produktion von Agrarprodukten
Tabelle AII-4	Modellergebnisse: Nachfrage nach Agrarprodukten
Tabelle AII-5	Modellergebnisse: Nettoexporte von Agrarprodukten
Tabelle AII-6	EU-Agrarpreise und Weltmarktpreise im Szenario "Status quo EU-15"
Tabelle AII-7	Vergleich der Szenarien A3 "Kofinanzierung" und A4 "Entkopplung" unter veränderten Annahmen, Jahr 2007, Mill. Euro
Tabelle AII-8	Vergleich der Szenarien A3 "Kofinanzierung" und A4 "Entkopplung" unter veränderten Annahmen, Jahr 2013, Mill. Euro
Tabelle AII-9	Anteil der EU-Agrarausgaben am BIP der EU-27 in verschiedenen Szenarien in Prozent
Tabelle AII-10	Annahmen im Vergleich für Getreide- und Zuckerrübenanbau sowie Rinderschlachtungen: Mittel der Jahre 2001-2003 gegenüber 1995-99

### **Anhang AIII**

Tabelle AIII-1	"Gehört die EU-Erweiterung zu den europapolitischen Prioritäten?"
Tabelle AIII-2	Zustimmung in der EU-15 zu den Beitritten einzelner Kandidaten
Tabelle AIII-3	Zustimmung zur Erweiterung in den EU-Mitgliedstaaten
Tabelle AIII-4	Wahltermine in der Europäischen Union
Tabelle AIII-5	Post-Nizza: auf dem Weg zur Erweiterung

Tabelle AIII-6	Wahltermine in den Kandidatenländern MOE
Tabelle AIII-7	Stimmen und Sitze in der EU-27
Tabelle AIII-8	QMV-Entscheidungsverfahren im Rat (EU-15; Art. 205 EGV, Amsterdam Fassung)
Tabelle AIII-9	QMV-Entscheidungsverfahren im Rat (EU-15; Protokoll über die Erweiterung, Art. 3, Vertrag von Nizza)
Tabelle AIII-10	QMV-Entscheidungsverfahren im Rat (EU-25; Erklärung Nr. 20 zur Erweiterung der Europäischen Union, Vertrag von Nizza)
Tabelle AIII-11	QMV-Entscheidungsverfahren im Rat (EU-27; Erklärung Nr. 20 zur Erweiterung der Europäischen Union, Vertrag von Nizza)
Tabelle AIII-12	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15 (EG-Vertrag, Amsterdam Fassung), Politische Koalitionen
Tabelle AIII-13	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15 (EG-Vertrag, Amsterdam Fassung), GAP-Koalitionen
Tabelle AIII-14	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15 (EG-Vertrag, Amsterdam Fassung), Struktur- und Regionalpolitik
Tabelle AIII-15	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15 ab 2005, Politische Koalitionen
Tabelle AIII-16	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15 ab 2005, GAP
Tabelle AIII-17	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15 ab 2005, Struktur- und Regionalpolitik
Tabelle AIII-18	Vergleichstabelle der numerischen Stimmenkoalitionen im Rat der EU-15, Verfahren von Amsterdam und ab 2005
Tabelle AIII-19	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-25, Politische Koalitionen
Tabelle AIII-20	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-25, GAP
Tabelle AIII-21	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-25, Struktur- und Regionalpolitik
Tabelle AIII-22	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-27, Politische Koalitionen
Tabelle AIII-23	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-27, GAP
Tabelle AIII-24	Numerische Stimmenkoalitionen im Rat der EU-27, Struktur- und Regionalpolitik
Tabelle AIII-25	Vergleichstabelle der numerischen Stimmenkoalitionen im Rat der EU-25 und der EU-27
Tabelle AIII-26	Reformoptionen bei den EU-Politiken im Zuge der Osterweiterung der EU

**Tabelle 4.3-2**  
**Gesamtszenario „Status quo EU-15“, 2013**

	Bevölkerung in 1000	BIP	Auszahlungen Strukturpolitik				Agrarpolitik				Interne Politiken	Einzahlungen		
			Summe	darunter:			Summe	darunter:				Summe operative Ausgaben	Brutto	Netto
				Ziel 1 + Kohäsionsfonds	Sonstiges	Übergangsförderung Ziel 1		Markt	Direkt	2. Säule				
Belgien	10.127	307.092	145	0	145	0	969	530	388	50	164	1.278	1.937	-659
Dänemark	5.317	213.056	85	0	85	0	1.189	452	691	46	86	1.360	1.344	16
Deutschland	81.379	2.638.220	2.737	1.729	1.008	0	6.161	1.500	3.961	700	1.318	10.217	16.638	-6.421
Griechenland	10.252	149.085	2.263	2.174	89	0	1.772	1.198	443	131	166	4.201	940	3.261
Spanien	38.214	714.123	5.891	5.177	714	0	4.301	1.882	1.961	459	619	10.812	4.504	6.308
Frankreich	60.868	1.781.052	1.689	470	1.219	0	9.001	2.464	5.777	760	986	11.676	11.232	444
Irland	4.140	104.194	17	0	17	0	1.950	656	979	315	67	2.035	657	1.377
Italien	54.718	1.460.369	4.045	3.271	775	0	4.036	1.471	1.970	595	886	8.968	9.210	-242
Luxemburg	457	22.514	9	0	9	0	42	4	26	12	7	59	142	-83
Niederlande	15.850	480.063	325	0	325	0	1.538	908	575	55	257	2.120	3.028	-908
Österreich	8.194	258.770	199	37	161	0	1.136	234	478	423	133	1.467	1.632	-165
Portugal	9.684	133.984	2.103	2.034	69	0	758	238	320	200	157	3.017	845	2.172
Finnland	5.232	157.596	121	0	121	0	775	175	310	290	85	981	994	-13
Schweden	9.027	291.031	151	0	151	0	815	162	504	149	146	1.111	1.835	-724
UK	60.003	1.719.277	1.604	541	1.064	0	3.901	1.018	2.729	154	972	6.477	10.843	-4.366
EU-15	373.463	10.430.426	21.384	15.432	5.952	0	38.345	12.894	21.112	4.339	6.050	65.779	65.779	0
in % des BIP der EU-15			0,21	0,15	0,06	0,00	0,37	0,12	0,20	0,04	0,06	0,63	0,63	

Angaben in Mill. Euro.

Quelle: Berechnungen des DIW.

**Tabelle 4.3-4**  
**Gesamtszenario „Status quo EU-27“, 2013**

	Bevölkerung in 1000	BIP	Auszahlungen Strukturpolitik				Agrarpolitik				Interne Politiken	Summe operative Ausgaben	Einzahlungen	
			Summe	darunter:		Summe	darunter:		Brutto	Netto				
				Ziel 1 + Kohäsionsfonds	Sonstiges		Übergangsförde- rung Ziel 1	Markt					Direkt	2. Säule
Belgien	10.127	307.092	39	0	39	0	966	530	386	50	137	1.142	2.392	-1.250
Dänemark	5.317	213.056	23	0	23	0	1.140	402	691	46	72	1.234	1.659	-425
Deutschland	81.379	2.638.220	465	194	271	0	6.156	1.498	3.958	700	1.100	7.721	20.549	-12.828
Griechenland	10.252	149.085	1.395	1.371	24	0	1.771	1.198	442	131	139	3.305	1.161	2.143
Spanien	38.214	714.123	1.895	1.704	192	0	4.302	1.887	1.956	459	517	6.714	5.562	1.151
Frankreich	60.868	1.781.052	579	251	327	0	8.862	2.326	5.776	760	823	10.263	13.872	-3.609
Irland	4.140	104.194	5	0	5	0	1.952	663	974	315	56	2.012	812	1.201
Italien	54.718	1.460.369	494	286	208	0	4.020	1.466	1.959	595	740	5.254	11.375	-6.121
Luxemburg	457	22.514	3	0	3	0	42	4	26	12	6	50	175	-125
Niederlande	15.850	480.063	87	0	87	0	1.681	1.053	573	55	214	1.982	3.739	-1.757
Österreich	8.194	258.770	43	0	43	0	1.125	224	478	423	111	1.279	2.016	-736
Portugal	9.684	133.984	512	494	19	0	754	237	317	200	131	1.397	1.044	353
Finnland	5.232	157.596	32	0	32	0	768	168	310	290	71	871	1.227	-356
Schweden	9.027	291.031	40	0	40	0	805	153	503	149	122	968	2.267	-1.299
UK	60.003	1.719.277	286	0	286	0	3.897	1.017	2.725	154	811	4.994	13.391	-8.398
Tschechische Rep.	9.974	92.831	3.069	-	-	-	750	-181	696	235	135	3.954	723	3.231
Ungarn	9.460	79.906	2.830	-	-	-	1.641	362	932	346	128	4.599	622	3.976
Polen	39.250	263.550	9.360	-	-	-	4.575	1.101	2.480	994	531	14.466	2.053	12.413
Slowakische Rep.	5.472	36.402	1.280	-	-	-	341	-120	326	136	74	1.695	284	1.411
Slowenien	1.908	26.236	137	-	-	-	34	-73	69	38	26	197	204	-7
Estland	1.263	9.041	320	-	-	-	135	-2	79	57	17	472	70	401
Lettland	2.135	11.898	410	-	-	-	345	-21	230	136	29	784	93	691
Litauen	3.551	19.896	690	-	-	-	681	5	485	191	48	1.419	155	1.264
Zypern	766	11.136	23	-	-	-	-	-	-	-	10	34	87	-53
Malta	416	4.256	-	-	-	-	-	-	-	-	6	6	33	-28
Bulgarien	7.531	27.311	920	-	-	-	1.250	433	506	311	102	2.271	213	2.059
Rumänien	21.220	90.457	3.060	-	-	-	4.054	-104	3.351	807	287	7.401	705	6.696
EU-15	373.463	10.430.426	5.898	4.300	1.598	0	38.239	12.825	21.076	4.339	5.048	49.186	81.241	-32.055
BK-12	102.946	672.921	22.100	-	-	-	13.805	1.400	9.156	3.249	1.392	37.296	5.241	32.055
EU-27	476.409	11.103.347	27.998	4.300	1.598	0	52.045	14.224	30.232	7.588	6.440	86.482	86.482	0
in % des BIP der EU-27			0,25	0,04	0,01	0,00	0,47	0,13	0,27	0,07	0,06	0,78	0,78	

Angaben in Mill. Euro.  
Quelle: Berechnungen des DIW.

**Tabelle 4.3-6**  
**Gesamtszenario „Moderate Reform EU-27“, 2013**

	Bevölkerung in 1000	BIP	Auszahlungen Strukturpolitik				Agrarpolitik				Interne Politiken	Summe operative Ausgaben	Einzahlungen	
			Summe	darunter:		Summe	darunter:		Brutto	Netto				
				Ziel 1 + Kohäsionsfonds	Sonstiges		Übergangsförderung Ziel 1	Markt					Direkt	2. Säule
Belgien	10.127	307.092	24	0	24	0	773	530	193	50	137	934	2.105	-1.172
Dänemark	5.317	213.056	14	0	14	0	794	402	346	46	72	880	1.461	-581
Deutschland	81.379	2.638.220	571	404	167	0	4.177	1.498	1.979	700	1.100	5.848	18.088	-12.240
Griechenland	10.252	149.085	1.993	1.978	15	0	1.550	1.198	221	131	139	3.681	1.022	2.659
Spanien	38.214	714.123	2.988	2.869	118	0	3.324	1.887	978	459	517	6.828	4.896	1.932
Frankreich	60.868	1.781.052	453	251	202	0	5.974	2.326	2.888	760	823	7.250	12.211	-4.961
Irland	4.140	104.194	3	0	3	0	1.465	663	487	315	56	1.523	714	809
Italien	54.718	1.460.369	2.489	2.361	128	0	3.040	1.466	980	595	740	6.270	10.012	-3.743
Luxemburg	457	22.514	2	0	2	0	29	4	13	12	6	37	154	-118
Niederlande	15.850	480.063	54	0	54	0	1.394	1.053	286	55	214	1.663	3.291	-1.629
Österreich	8.194	258.770	27	0	27	0	886	224	239	423	111	1.023	1.774	-751
Portugal	9.684	133.984	1.819	1.807	11	0	596	237	158	200	131	2.545	919	1.627
Finnland	5.232	157.596	20	0	20	0	613	168	155	290	71	704	1.080	-377
Schweden	9.027	291.031	25	0	25	0	553	153	252	149	122	700	1.995	-1.295
UK	60.003	1.719.277	176	0	176	0	2.534	1.017	1.363	154	811	3.521	11.787	-8.266
Tschechische Rep.	9.974	92.831	3.069	-	-	-	402	-181	348	235	135	3.606	636	2.969
Ungarn	9.460	79.906	2.830	-	-	-	1.175	362	466	346	128	4.133	548	3.585
Polen	39.250	263.550	9.360	-	-	-	3.335	1.101	1.240	994	531	13.226	1.807	11.419
Slowakische Rep.	5.472	36.402	1.280	-	-	-	178	-120	163	136	74	1.532	250	1.282
Slowenien	1.908	26.236	137	-	-	-	-1	-73	35	38	26	163	180	-17
Estland	1.263	9.041	320	-	-	-	95	-2	40	57	17	432	62	370
Lettland	2.135	11.898	410	-	-	-	230	-21	115	136	29	668	82	587
Litauen	3.551	19.896	690	-	-	-	438	5	243	191	48	1.176	136	1.040
Zypern	766	11.136	23	-	-	-	-	-	-	-	10	34	76	-43
Malta	416	4.256	-	-	-	-	-	-	-	-	6	6	29	-24
Bulgarien	7.531	27.311	920	-	-	-	997	433	253	311	102	2.018	187	1.831
Rumänien	21.220	90.457	3.060	-	-	-	2.378	-104	1.675	807	287	5.725	620	5.105
EU-15	373.463	10.430.426	10.657	9.672	985	0	27.702	12.825	10.538	4.339	5.048	43.407	71.511	-28.105
BK-12	102.946	672.921	22.100	-	-	-	9.227	1.400	4.578	3.249	1.392	32.718	4.614	28.105
EU-27	476.409	11.103.347	32.757	9.672	985	0	36.929	14.224	15.116	7.588	6.440	76.125	76.125	0
in % des BIP der EU-27			0,30	0,09	0,01	0,00	0,33	0,13	0,14	0,07	0,06	0,69	0,69	

Angaben in Mill. Euro.  
Quelle: Berechnungen des DIW.

**Tabelle 4.3-8**  
**Gesamtszenario „Entschiedene Reform EU-27“, 2013**

	Bevölkerung in 1000	BIP	Auszahlungen Strukturpolitik		Agrarpolitik						Interne Politiken	Summe operative Ausgaben	Einzahlungen			
			Summe	darunter: Ziel 1	Sonstiges	Übergangsförde- rung Ziel 1	Summe			darunter: Markt			Direkt	2. Säule	Brutto	Netto
							Summe	Direkt	2. Säule							
Belgien	10.127	307.092	6	0	6	0	731	539	142	50	137	873	1.762	-889		
Dänemark	5.317	213.056	2	0	2	0	691	411	234	46	72	765	1.222	-457		
Deutschland	81.379	2.638.220	86	0	86	0	3.605	1.537	1.368	700	1.100	4.791	15.137	-10.346		
Griechenland	10.252	149.085	2.164	2.164	0	0	1.458	1.198	129	131	139	3.761	855	2.905		
Spanien	38.214	714.123	130	0	130	0	2.955	1.891	604	459	517	3.602	4.097	-496		
Frankreich	60.868	1.781.052	45	0	45	0	4.977	2.373	1.844	760	823	5.845	10.219	-4.374		
Irland	4.140	104.194	9	0	9	0	1.307	664	329	315	56	1.373	598	775		
Italien	54.718	1.460.369	86	0	86	0	2.718	1.473	650	595	740	3.544	8.379	-4.835		
Luxemburg	457	22.514	0	0	0	0	26	4	10	12	6	32	129	-97		
Niederlande	15.850	480.063	10	0	10	0	1.377	1.054	268	55	214	1.600	2.754	-1.154		
Österreich	8.194	258.770	5	0	5	0	809	226	160	423	111	925	1.485	-560		
Portugal	9.684	133.984	1.808	1.808	0	0	545	237	108	200	131	2.484	769	1.716		
Finnland	5.232	157.596	6	0	6	0	573	174	109	290	71	650	904	-254		
Schweden	9.027	291.031	6	0	6	0	483	163	171	149	122	611	1.670	-1.059		
UK	60.003	1.719.277	48	0	48	0	2.079	1.026	899	154	811	2.939	9.865	-6.926		
Tschechische Rep.	9.974	92.831	2.380	-	-	-	251	-173	189	235	135	2.766	533	2.233		
Ungarn	9.460	79.906	2.650	-	-	-	917	312	258	346	128	3.695	458	3.236		
Polen	39.250	263.550	9.360	-	-	-	2.713	1.026	693	994	531	12.603	1.512	11.091		
Slowakische Rep.	5.472	36.402	1.280	-	-	-	101	-125	91	136	74	1.455	209	1.247		
Slowenien	1.908	26.236	410	-	-	-	-18	-75	20	38	26	418	151	267		
Estland	1.263	9.041	320	-	-	-	88	9	22	57	17	425	52	373		
Lettland	2.135	11.898	410	-	-	-	195	1	58	136	29	634	68	565		
Litauen	3.551	19.896	690	-	-	-	372	62	119	191	48	1.110	114	996		
Zypern	766	11.136	20	-	-	-	-	-	-	-	10	30	64	-34		
Malta	416	4.256	-	-	-	-	-	-	-	-	6	6	24	-19		
Bulgarien	7.531	27.311	920	-	-	-	854	406	137	311	102	1.876	157	1.719		
Rumänien	21.220	90.457	3.060	-	-	-	1.548	-106	848	807	287	4.895	519	4.376		
EU-15	373.463	10.430.426	4.414	3.973	441	0	24.333	12.969	7.025	4.339	5.048	33.795	59.847	-26.051		
BK-12	102.946	672.921	21.500	-	-	-	7.021	1.337	2.435	3.249	1.392	29.912	3.861	26.051		
EU-27	476.409	11.103.347	25.914	3.973	441	0	31.354	14.306	9.460	7.588	6.440	63.708	63.708	0		
in % des BIP der EU-27			0,23	0,04	0,00	0,00	0,28	0,13	0,09	0,07	0,06	0,57	0,57			

Angaben in Mill. Euro.  
Quelle: Berechnungen des DIW.

Tabelle 4.3-9

## Nettoauszahlungen pro Kopf in Euro: alle Szenarien, 2007 und 2013

	BIP pro Kopf 2002 EU-27 = 100	nachrichtlich: 1995 - 1999	2007 Bevölke- rung in 1000	2013								
				Status quo EU-15	Status quo EU-27	Moderate Reform EU-27	Entschiedene Reform EU-27	Status quo EU-15	Status quo EU-27	Moderate Reform EU-27	Entschiedene Reform EU-27	
Luxemburg	193	-145,6	445	-222,8	-294,3	-257,5	-256,0	-182,6	-273,4	-257,7	-212,0	Luxemburg
Dänemark	135	39,8	5.311	-20,9	-82,5	-100,1	-68,8	3,1	-80,0	-109,2	-86,0	Dänemark
Niederlande	128	-78,9	15.790	-78,0	-121,7	-101,5	-98,1	-57,3	-110,8	-102,8	-72,8	Niederlande
Österreich	127	-94,6	8.147	-37,5	-91,0	-81,1	-74,9	-20,1	-89,9	-91,6	-68,4	Österreich
Belgien	125	-11,5	10.157	-82,2	-128,1	-108,4	-105,7	-65,0	-123,4	-115,7	-87,7	Belgien
Deutschland	123	-116,4	81.637	-91,5	-149,4	-131,5	-127,7	-78,9	-157,6	-150,4	-127,1	Deutschland
Irland	123	622,8	3.960	399,3	351,4	249,8	332,1	332,7	290,0	195,4	187,2	Irland
Finnland	117	-38,0	5.200	12,2	-47,9	-40,9	-31,4	-2,5	-68,1	-72,0	-48,6	Finnland
Schweden	117	-113,3	8.956	-93,0	-145,1	-132,3	-125,0	-80,2	-143,9	-143,5	-117,3	Schweden
UK	117	-30,5	59.695	-87,9	-137,2	-123,8	-120,9	-72,8	-140,0	-137,8	-115,4	UK
Italien	116	-13,9	55.847	-7,3	-77,0	-50,4	-60,6	-4,4	-111,9	-68,4	-88,4	Italien
Frankreich	114	-11,9	60.052	-5,3	-60,0	-73,9	-55,9	7,3	-59,3	-81,5	-71,9	Frankreich
Spanien	94	172,6	38.672	214,3	100,9	106,7	92,4	165,1	30,1	50,6	-13,0	Spanien
Zypern	93		723		-95,0	-73,2	-81,7		-69,4	-55,8	-43,8	Zypern
Portugal	88	282,6	9.770	246,2	150,6	197,4	196,8	224,3	36,5	168,0	177,2	Portugal
Slowenien	81		1.936		-22,8	-26,1	51,9		-3,7	-9,1	139,9	Slowenien
Griechenland	78	390,7	10.357	436,9	362,2	378,7	322,4	318,1	209,1	259,4	283,4	Griechenland
Tschechische Rep.	72		10.099		225,6	197,1	154,9		324,0	297,7	223,9	Tschechische Rep.
Ungarn	59		9.708		311,0	266,5	248,8		420,3	378,9	342,1	Ungarn
Slowakische Rep.	59		5.440		187,8	161,3	159,1		257,9	234,4	227,8	Slowakische Rep.
Estland	46		1.333		230,1	203,7	213,2		317,7	293,0	295,4	Estland
Polen	45		39.016		250,6	222,3	218,3		316,2	290,9	282,6	Polen
Litauen	39		3.610		287,2	233,3	248,6		356,0	292,9	280,4	Litauen
Rumänien	36		21.719		208,3	139,3	137,9		315,6	240,6	206,2	Rumänien
Lettland	35		2.252		250,1	208,5	218,5		323,7	274,9	264,9	Lettland
Bulgarien	29		7.803		188,6	155,2	151,1		273,4	243,2	228,3	Bulgarien
EU-15			373.996	0,0	-63,8	-53,0	-51,4	0,0	-85,8	-75,3	-69,8	EU-15
BK-12			104.040		229,3	190,5	184,8		311,4	273,0	253,1	BK-12
EU-27			478.036		0,0	0,0	0,0		0,0	0,0	0,0	EU-27

Quelle: Berechnungen des DIW.